

Die preussische Frauenfrage.

Eine Debatte im Abgeordnetenhaus.

Selten hatte das Abgeordnetenhaus so aufmerksame und auharrrende Zuhörer wie gestern: die Ankündigung, daß fünf Anträge, teils für, teils gegen die Frauenbewegung auf der Tagesordnung stehen, hatte Anhängerinnen aus allen Parteirichtungen der Frauenbewegung auf die Tribüne gelockt. Neben bekannten führenden Frauen, unter ihnen die ebenso kluge wie uner-schrockene Kämpferin Minna Cauer, die verdienstvolle Leiterin des Nationalen Frauendienstes Frau Levy-Rathenau, die in der städtischen Verwaltung tätige Gattin des Reichstagsabgeordneten Wurm, sah man eine ganze Klasse junger Gym-nastinnen — ein erfreuliches Zeichen, daß auch der Nachwuchs, der sich bisher der Frauenbewegung mit der der Jugend eigen-tümlichen Undankbarkeit fernhielt, Interesse für die staatsbürger-lichen Forderungen und Pflichten der Frau zu nehmen beginnt.

Weniger aufmerksam waren allerdings die Abgeordneten selbst. Nur ein knappes halbes Hundert standen im Saal herum, und auch von diesen schien nur die wenigsten die Verhandlung zu interessieren.

Zur Beratung standen ein fortschrittlicher Antrag auf Be-stellung von Frauen zu Mitgliedern städtischer Verwaltungsdeputationen. Der Ausschuß beantragt die Regierung um einen Gesetzentwurf zu ersuchen, der die Be-stimmungen der preussischen Städteordnung dahin abändert, daß Frauen zu Mitgliedern städtischer Verwaltungsdeputationen der sozialen Fürsorge und Wohlfahrtspflege mit beschließender Stimme bestellt werden können. Ein Zentrumsantrag will die Frauen in gleicher Weise auch zu den Schuldeputationen zugleichen. Die Fortschrittler beantragen Wiederherstellung ihres ursprünglich durch den Ausschuß abgeänderten Antrages.

Als erster Redner sprach Abgeordneter Graef (kons.). Zuerst verheißt er, daß seine Freunde trotz aller Bedenken für die Aus-schufsanträge und für den Zentrumsantrag stimmen werden, aber dann kommt die Enttäuschung, als er fortfährt: „Dagegen lehnt der größere Teil meiner Fraktion den fortschrittlichen Antrag wegen seiner Folgerungen für das politische Frauenstimmrecht ab.“

Aus seiner Begründung könnten die Frauen viel lernen, denn er zitiert Aussprüche und bezieht sich auf Tatsachen, die ur-sprünglich von Frauen selbst ausgesprochen sind und nun von dem konservativen Abgeordneten wieder als Waffen gegen die Frauen benützt werden. So, wenn er anführt, daß die Mehrzahl der Frauen das Frauenstimmrecht gar nicht will, und es nur als das Verlangen einzelner Kreise der Frauenwelt bezeichnet, und wenn er sich späterhin darauf beruft, daß Anselma Heine als das größte Erlebnis für die Frau im August 1914 das empfunden hat, daß sie nicht selbst tätig am Kriege teilnehmen, sondern wieder nur warten und hoffen kann. Er weiß keine neuen Argu-mente gegen das Frauenstimmrecht vorzubringen, malt wieder in schwarzen Farben die verheerende Wirkung, die das Frauenstimm-recht auf das Eheleben haben werde, wenn nämlich bei jedem Mittagessen sich die Eheleute über Politik unterhalten werden und stellt unter höhnischem Lachen der Gäste auf der Tribüne fest, daß die Rechtslage der Frau durch das Bürgerliche Gesetzbuch hin-reichend gesichert und der männliche Gesetzgeber zu notwendigen Abänderungen gern bereit sei.

Der Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.) stellt fest, daß das aktive Frauenwahlrecht und die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben nach kirchlichen Grundsätzen nicht unerlaubt sei, aber seine Freunde halten es nicht für er-priesslich. Die Verhältnisse im Auslande seien ihm nicht maßgebend, denn man müsse doch end-lich einmal lernen, nach eigenem Rezept zu kochen. Er lehnt für seine Freunde das Frauenstimmrecht ab, erklärt sich aber damit einverstanden, daß Frauen im Wohnungs-, Schul- und Sozial-wesen sachkundig mitberaten.

Mit freudiger Teilnahme werden auf der Tribüne die Mit-teilungen eines Regierungsvertreters aufgenommen, der im Namen des Ministers des Innern erklärt, die Städte-ordnung solle im Sinne der Wünsche des Gemeindeausschusses ab-geändert werden, so daß die Frauen in die wichtigsten Depu-tationen als stimmberechtigte Mitglieder eintreten können. Das solle jedoch nicht durch ein Sondergesetz geschehen; hoffentlich finde sich aber bald der Weg, um den Frauen dieses Recht zu geben.

Mit ehrlicher Ueberzeugung tritt Abgeordneter Dr. Lewin (fortschr. Vp.) für die Rechte der Frau ein. Er erinnert daran, daß schon im Jahre 1912 der Abgeordnete Trimborn im Namen des Zentrums die Frauen zur Teilnahme am politischen Leben aufgefördert und ihnen schon damals das Stimmrecht in Aussicht gestellt habe. Heute aber haben wir von dem Zentrumsredner nach all den Erfahrungen dieser Jahre nicht gehört, daß man seit-her weiter gekommen ist. Die Rede des Abgeordneten Graef unterzieht er einer scharfen Kritik und erklärt, man habe nur Schlagworte gehört. Die Frauen haben im Kriege Pflichten aus-geübt. Man muß ihnen dazu auch Rechte geben. Vor dem Kriege war die Zahl der erwerbstätigen Männer nur doppelt so groß wie die der erwerbstätigen Frauen, jetzt im Kriege hat sich das Verhältnis sehr zu Gunsten der Frauen verschoben. Die erwerbs-tätigen selbständigen Frauen haben auch die Steuerpflicht ebenso wie die Männer. Auf die Eingabe des Bundes gegen die Frauenemanzipation geht er nur deshalb ein, weil der Ausschuß sie der Regierung zur Erwägung überwiesen habe, sonst nennt er sie bedeutungslos, denn die Frauen denken gar nicht daran, den Männern den Platz zu nehmen. Schließlich erklärt er, wir stimmen für den Antrag Kaufmann, bitten aber, auch unseren Antrag auf Wählbarkeit der Frauen in die städtischen Deputationen anzu-nehmen. Den Frauen muß das Gemeinde-Wahlrecht gegeben werden.

Abgeordneter Hirsch-Berlin (Soz.) tritt für das Frauen-stimmrecht ein und erinnert im Anschluß an die Rede Graefs an ein Wort Lloyd Georges: „Rehmt so ein Mannstüchchen. Das ganze Gehirn seines Hauswesens ist die Frau, die ihn wahrschein-lich absolut beherrscht — er aber, der Herr der Schöpfung, spricht: sie ist nicht reif zum Wählen.“

Der Abgeordnete Diepman (natl.) steht dem fortschrittlichen Antrage wohlwollend gegenüber, weil die Frauen in der Ge-meinde schon Gutes geleistet haben. Im übrigen glaubt er aber nicht, daß die Frauen das Wahlrecht als tatsächlichen Dank für ihre Leistungen im Kriege erwarten, denn sie hätten sich jetzt im Kriege nur von ihrer idealen Auffassung leiten lassen. Abgeord-nete von Bonna (frk.) erklärt die Beschränkung der unehelichen Geburten für wichtiger als das Frauenstimmrecht, und Abgeord-nete Ströbel fordert das Reichstagswahlrecht der Frau.

Schließlich vertagt sich das Haus auf Mittwoch, wo wieder-um die Anträge zur Frauenfrage auf der Tagesordnung stehen.